

# Kambodscha: Gescheiterte Demokratisierung oder Neuanfang?

von Dirk Beusch

**Am 26. Juli 1998 soll in Kambodscha gewählt werden. Dann würde die zweite Legislaturperiode eines demokratisch legitimierten Parlaments und Regierung seit 1993 beginnen. In Phnom Penh und im Lande sind bis jetzt nicht die Voraussetzungen gegeben, die eine freie und faire Durchführung dieser Wahl gewährleisten würden. Der Zweite Ministerpräsident Hun Sen ist der starke Mann in der kambodschanischen Politik und setzt alles daran, diese Wahl zu gewinnen.**

## 1. Rückblick 1993-1997

Im Mai 1993 fanden nach zweijähriger UN-Übergangsverwaltung zum ersten Mal in der kambodschanischen Geschichte freie Wahlen statt. Diese wurden von der FUNCINPEC des Prinzen Norodom Ranariddh gewonnen. Aufgrund der politischen Realitäten mußte die CPP (Cambodian Peoples Party) Hun Sens an der Macht beteiligt werden. Hun Sen wurde Zweiter Ministerpräsident und damit der eigentliche Gewinner der Wahl. Diese einmalige Situation wurde dadurch verstärkt, daß auch alle Ministerien paritätisch besetzt wurden und die CPP ihre Machtbasis, die sie seit 1979 besaß, nie verlor. Dieses Resultat entsprach nicht dem Wahlergebnis, wurde aber von der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Signatarstaaten des Pariser Friedensabkommens von 1991, akzeptiert. Hun Sen entmachtete Ranariddh in einem blutigen Staatsstreich im Juli 1997 und verpflichtete Außenminister Ung Huot, einen FUNCINPEC-Politiker, als Ersten Ministerpräsidenten. Damit hat er der Form genüge getan, behält aber weiterhin die Fäden in der Hand.

1997 war das Jahr, in dem sich abzeichnete, wie mit Demokratie

*Der Autor ist Diplom-Politologe und arbeitet derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag.*

in Kambodscha umgegangen wird. Am 30. März wurde eine genehmigte Demonstration gegen das korrupte Gerichtswesen in Phnom Penh blutig zusammengeschossen. Der Anschlag galt Sam Rainsy, dem früheren Finanzminister und einer der wichtigsten Oppositionspolitiker. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist dieser Anschlag dem Umfeld der CPP zuzuordnen; es gibt bis heute keine Anzeichen dafür, daß diese Vorgänge untersucht werden. Im April 1997 zeichnete sich die Spaltung der FUNCINPEC ab. Ung Phan, Staatsminister und Führungsmitglied der FUNCINPEC, und Toan Chay, Gouverneur der Provinz Siem Reap, erklärten öffentlich, daß sie die Parteilührung Ranariddhs nicht länger akzeptierten. Daraufhin wechselten acht Abgeordnete von der FUNCINPEC zur CPP, was dazu führte, daß die Koalition zwischen Ranariddh und Hun Sen endgültig arbeitsunfähig wurde.

Im Juni/Juli begann die FUNCINPEC Friedensverhandlungen mit den Roten Khmer, nachdem diese Pol Pot in einem »Volkstribunal« zu lebenslangem Hausarrest verurteilt hatten. Hun Sen bezeichnete die Verhandlungen als illegal und warnte die Partei, sich zu entscheiden, ob sie mit der CPP weiterhin in der Koalition zusammenbleiben oder mit dem »Demokratischen Kampuchea« zusammenarbeiten wolle. Im Juni spitzte sich die Situation in Phnom Penh zu, als Leibwächter beider Par-

teiführer sich Feuergefechte lieferten. Am 4. Juli verließ Ranariddh auf Anraten seiner Berater Kambodscha; zwei Tage später kontrollierten die Truppen Hun Sens alle Städte des Landes. Viele FUNCINPEC-Mitglieder flohen aus dem Land oder versteckten sich. Loyal gebliebene Truppen Ranariddhs zogen sich mit General Nhieq Bun Chhay nach O'Smach an die thailändische Grenze zurück und führen seitdem einen Guerillakrieg gegen Hun Sens Truppen. Das UN Center for Human Rights in Phnom Penh spricht in seinen Berichten von 800 vermißten Personen, 43 Ranariddh-Anhänger sollen ohne Gerichtsverfahren hingerichtet worden sein, 69 Fälle sind ungeklärt.<sup>1)</sup>

## 2. Die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

Im Juli 1997 beschloß die Außenministerkonferenz der ASEAN-Staaten, Kambodschas Aufnahme in die Staatengemeinschaft bis auf weiteres zu verschieben. Dies ist eine ungewöhnlich scharfe Reaktion der ASEAN, die ihr ansonsten streng durchgehaltenes Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten nicht beibehält, als sie am 10. Juli in Kuala Lumpur Hun Sens Vorgehen in Kambodscha eindeutig ablehnte. Eine Troika, bestehend aus den Außenministern Thai-



lands, den Philippinen und Indonesiens, versuchte, in dem neuen Konflikt zu vermitteln, was von Hun Sen scharf zurückgewiesen wurde. Er drehte den Spieß einfach um, indem er erklärte, die ASEAN mische sich in die innere Politik Kambodschas ein und gebe damit den Roten Khmer recht, die eine Mitgliedschaft Kambodschas in der ASEAN verhindern wollen. Trotzig sagte Hun Sen, daß man nicht sterben werde, wenn man Kambodscha nicht in die ASEAN aufnehme. Damit beschwor er eine ernsthafte Brückierung der Staatengemeinschaft herauf, die der ehemalige Außenminister Thailands und einer der Väter der ASEAN, Thanat Khoman, als »Schlag ins Gesicht der ASEAN« bezeichnete.

Auf einem Treffen des ASEAN Regional Forum (ARF) Ende Juli in Kuala Lumpur stimmten alle Teilnehmer überein, daß man Hun Sen zwingen müsse, die Regierungskoalition bis zu den Neuwahlen fortzusetzen. Bemerkenswert ist, daß sich auch China dieser Meinung anschloß, was es aber nicht daran hinderte, Kambodscha mit Militärhilfe in Höhe von 2,8 Mio. US-Dollar unter die Arme zu greifen und einen zehn Mio. US-Dollar-Kredit zuzusagen.

Im September beschlossen die Vereinten Nationen, Kambodschas Sitz in der Vollversammlung vakant zu lassen. Dies war ein herber Rückschlag für Hun Sen, der internationale Anerkennung dringend braucht.

Die Europäische Union hat inzwischen 10,5 Mio. US-Dollar Wahlhilfe zugesagt, die dazu verwendet werden sollen, die Wähler zu registrieren, lokale Medien zu trainieren sowie eine unabhängige europäische Wahlbeobachtungseinheit bereitzustellen. Entgegen der Mehrheit der internationalen Gemeinschaft macht die EU die Rückkehr und Teilnahme Ranariddhs an den Wahlen nicht zur Bedingung für ihre Unterstützung. Auch die Untersuchung der Folterungen und Tötungen nach dem Staatsstreich sowie ein Waffenstillstand sind keine Bedingungen für Wahlhilfe. Diese Positionen wurden von den geflohenen Oppositionspolitikern mit starkem Befremden aufgenommen. Die EU befindet sich damit im Gegensatz zur UNO, den USA und der ASEAN, die alle als Mindestforderung die Rückkehr Ranariddhs

und eine Verbesserung der Menschenrechtslage gefordert haben.

Unter den Ländern der Europäischen Union haben sich bisher Deutschland und Frankreich zu Wort gemeldet. Frankreich vertritt die Position, daß die Abhaltung von Wahlen wichtiger sei, als die Umstände unter denen sie stattfinden. Gleichzeitig ist damit gesagt, daß die Rückkehr Ranariddhs nach Kambodscha nicht zur »absoluten Bedingung« gemacht werden sollte. Als »praktische Lösung« wurde vorgeschlagen, um das Patt zu brechen, sollten die Anschuldigungen gegen Ranariddh fallengelassen werden, wobei im Gegenzug die Untersuchung der extra-legalen Tötungen während des Juliputsches unterbleiben soll.<sup>2)</sup> Deutschland nahm dagegen eine schärfere Haltung ein. Die Rückkehr Ranariddhs, ein Waffenstillstand sowie weiterer Druck auf Hun Sen, die Voraussetzungen für freie und faire Wahlen zu schaffen, sind die Forderungen. Die BRD stellte auch die Unabhängigkeit der Wahlkommission in Frage und forderte die Abschaffung der Immunität der Staatsangestellten.<sup>3)</sup> Der Deutsche Bundestag wird sich demnächst in einer gemeinsamen Resolution aller Parteien zu der Situation in Kambodscha aussprechen.

Die *International Crisis Group* in Brüssel kommt in einer ausführlichen Studie zu dem Ergebnis, daß die Regierungen harte Forderungen stellen und ihre Wahlhilfe von unabhängigen Mindeststandards abhängig machen sollen. Das politische Potential solcher Bedingungen liegt in der Tatsache, daß die kambodschanische Regierung dringend auf ausländische Hilfe für das Funktionieren des Staatsapparates angewiesen ist. Darüber hinaus bemüht sich Hun Sen, den Wahlen internationale Anerkennung zu verleihen und sich so zu legitimieren. Der Schlüsselfaktor für einen Erfolg ist internationale Einigkeit zu einem solchen Ansatz. Hier gehen allerdings die Meinungen auseinander: die eine Seite meint, daß internationaler Druck Hun Sen nur isolieren und Kambodscha in Richtung des burmesischen Staatsmodells treiben würde. Das andere Argument lautet, daß sich die internationale Staatengemeinschaft bisher so ineffektiv gezeigt habe, daß sie nichts zu verlieren habe, wenn sie sich frank und frei äußern würde.<sup>4)</sup>

### 3. Innenpolitische Situation

Seit April 1997 war die Nationalversammlung blockiert, am 28. Juli trat sie dann erstmals wieder zusammen. Die Versammlung hob die Immunität von Ranariddh auf und wählte Ung Huot zu seinem Nachfolger.<sup>5)</sup> In Bangkok bildete sich die *Union of Cambodian Democrats* (UCD) mit massiver Hilfe aus den USA. Die UCD besteht aus den Parteien FUNCINPEC, BLDP (Buddhist Liberal Democratic Party), Khmer Nation Party und Khmer Neutral Party. Sie wird im wesentlichen von Sam Rainsy und Tioulong Samura getragen, die als Sprecher der exilierten Opposition gelten. Von der UCD wird versucht, die innenpolitische Krise im wesentlichen auf rechtlichem und diplomatischem Wege zu lösen.

Im Land zeichnen sich Konflikte innerhalb der Oppositionsparteien ab, die von Hun Sen und der CPP zu ihrem Vorteil genutzt werden könnten. Offensichtlich versucht Hun Sen, verschiedene Personen aus diesen Parteien für seine Zwecke einzuspannen, um die Opposition davon abzuhalten, den Termin für die Registrierung der Parteien, die an der Wahl teilnehmen wollen (26. März), rechtzeitig wahrzunehmen. Er spielt auf Zeitgewinn und versucht so, die CPP als stärkste politische Kraft im Lande zu konsolidieren.

### Parteienkonflikte

Die FUNCINPEC droht, in Splittergruppen zu zerfallen. Ung Huot und Generalsekretär Loy Sim Chheang wurden im Juli und August 1997 von Ranariddh, immer noch Parteivorsitzender, ausgeschlossen. Loy Sim Chheang, der auch Vizepräsident der Nationalversammlung ist, plant schon länger, eine »New Society Party« ins Leben zu rufen. Wie andere Vorhaben der Neugründung royalistischer Parteien ist auch dieses bislang nicht über das Stadium der Planung hinausgekommen.<sup>6)</sup> Während inzwischen Fehler im Umgang mit Partei und Mitgliedern zugegeben werden, wird eine weitere Zusammenarbeit mit Ung Huot voll-



kommen ausgeschlossen: er habe sich so diskreditiert, daß sein Ansehen in der Bevölkerung niedriger als das Hun Sens sei.<sup>7)</sup>

Ung Huot wurde von Hun Sen instrumentalisiert, um nach außen den Anschein der Legitimität zu wahren, indem ein FUNCINPEC-Mitglied, was er ja zu dem Zeitpunkt noch war, zum Ersten Ministerpräsidenten gemacht wurde. Anfang Februar erklärte Ung Huot, daß er eine »Populismus-Partei« gründen wolle, mit der er an den Juliwahlen teilzunehmen gedenke. Er wolle mit anderen Parteien kooperieren, unterstütze Ranariddh aber nicht mehr. Inzwischen haben auch Landwirtschaftsminister Tao Seng Hour, Industrieminister Pou Soutthirak und weitere Offizielle der FUNCINPEC ihren Beitritt zur neuen Partei erklärt.

Ein weiterer Spaltungsprozeß zeichnet sich in der Khmer Nation Party (KNP) ab. Diese Partei wurde vom ehemaligen Finanzminister Sam Rainsy gegründet, nachdem er von seinem Posten durch Ranariddh entlassen wurde. Das hohe Ansehen Sam Rainsys hinderte das Innenministerium nicht daran, die Registrierung von zwei Parteien zu akzeptieren, die den gleichen Namen und das gleiche Logo wie die KNP tragen.<sup>8)</sup> Kurz nach dem Staatsstreich im Juli 1997 spaltete sich eine Gruppe um Kong Mony ab. Dieser erklärte sich zum Präsidenten der Partei, während Rainsy im Ausland war. Kong Mony wurde im Mai 1997 von Sam Rainsy aus der Partei ausgeschlossen und kann seitdem als ein Gefolgsmann Hun Sens beurteilt werden.

Auch die BLDP sieht sich einer Zerreißprobe ausgesetzt. Der langjährige Vorsitzende und »elder statesman« Son Sann hat sich — wenig erfolgreich — gegen Abspaltungsversuche Ieng Mouly's zur Wehr gesetzt, der ebenfalls als ein Gefolgsmann Hun Sens gewertet werden kann.

Auch die BLDP sieht sich einer Zerreißprobe ausgesetzt. Der langjährige Vorsitzende und »elder statesman« Son Sann hat sich — wenig erfolgreich — gegen Abspaltungsversuche Ieng Mouly's zur Wehr gesetzt, der ebenfalls als ein Gefolgsmann Hun Sens gewertet werden kann.

## Die Wahlkommission

Die Nationalversammlung hat am 26.1.1998 ein Wahlgesetz verabschiedet, das u.a. die Etablierung einer Wahlkommission regelt. Diese Kommission hat Anlaß zu größter Besorgnis bei internationalen Experten gegeben. Die Kommission ist eingesetzt worden und besteht aus elf Mitgliedern mit einem Vorsitzenden und seinem Stellvertre-

## 4. Wahlen als Neuanfang? Ein skeptischer Ausblick

Nachdem Hun Sen die Machtfrage gestellt hat, befindet sich Kambodscha auf einem Weg, den er schon einmal gegangen ist. In mindestens sieben Provinzen im Norden des Landes sind wieder permanente Kämpfe zwischen Regierungstruppen und den Oppositionsparteien aus-



aus: FEER v. 3.6.93, S. 10

Wahlen 1993

ter, zwei Vertretern des Volkes, einem Vertreter der NGO's, zwei Vertretern des Innenministeriums und Vertretern der in der Nationalversammlung vertretenen Parteien.<sup>9)</sup> Sie hat die Aufgabe, alle Aspekte der Wahlvorbereitung, einschließlich Parteien- und Wählerregistrierung und Verifizierung der Wahlergebnisse, wahrzunehmen.

Die von der internationalen Gemeinschaft geforderte Unabhängigkeit der Kommission ist bis heute mindestens fraglich. Durch die Zusammensetzung und das eigenmächtige Vorgehen des Ministerrates im Falle Suy Nou (s. Fn. 9) ist die Gefahr gegeben, daß auch diese Kommission als ein Instrument Hun Sens dienen könnte.

gebrochen. Auch die Roten Khmer bzw. ihre Reste haben wieder zu den Waffen gegriffen, in thailändischen Lagern befinden sich wieder ca. 30.000 Flüchtlinge! Bleibt die Frage, warum es in Kambodscha offensichtlich nicht möglich ist, auch nur halbwegs demokratische Strukturen am Leben zu erhalten. Diese Frage läßt sich sicher nicht abschließend beantworten, doch soll hier ein vorläufiger Versuch gemacht werden.

Der Einsatz der UNTAC von 1991 bis 1993 war zunächst vielversprechend. Wenn man aber genauer hinschaut und das Friedensabkommen von Paris zu Rate zieht, so lassen sich schon hier Versäumnisse feststellen.<sup>10)</sup> Zumindest zum Teil fin-



den sich hier die Ursachen für die gegenwärtige Situation. Die ungenügende Umsetzung des Abkommens führte dazu, daß die CPP und Hun Sen alle wichtigen Fäden in der Hand behielten. Von ihnen wurde auch das Wahlergebnis vom Mai 1993 nicht akzeptiert, was den Wahlsieger FUNCINPEC dazu zwang, die einmalige Koalition mit zwei Ministerpräsidenten und einer Doppelbesetzung aller Ministerien einzugehen. Allerdings wurde die Macht nie wirklich geteilt, die CPP behielt die Oberhand.<sup>11)</sup>

Als großes Problem erwies sich die Einschätzung der politischen Verhältnisse seitens der internationalen Gemeinschaft. Fast durchweg wurde Hun Sen, auch und gerade nach seinem Putsch, als Garant für Stabilität und Sicherheit betrachtet, bis man eines Besseren belehrt wurde. Die zarten Anfänge der Entwicklung einer Zivilgesellschaft sind vorerst vernichtet, Oppositionspolitik wird derzeit von außen gemacht.

Unter diesen Umständen ist es mehr als fraglich, ob die Wahlen in einem Umfeld stattfinden, daß es erlaubt, sie als frei, fair und allgemein zu bezeichnen. Hun Sen und die CPP setzen alles daran, aus diesen Wahlen als Sieger hervorzugehen. Ihnen muß daran gelegen sein, da sie nur so den nötigen Anstrich der Legitimität und internationale Anerkennung bekommen. Die Oppositionsparteien, allen voran FUNCINPEC und KNP, haben bis jetzt keine faire Chance, sich in angemessener Weise auf die Wahlen vorzubereiten. Die Verwaltung und die Wahlkommission sind de facto in der Hand der CPP, die damit auch den Zugang zu den Medien kontrolliert.

Ohne internationalen Druck wird Hun Sen keine Zugeständnisse machen und versuchen, seine Machtposition durch eine Wahl zu festigen. Auch wenn er zugestimmt hat, daß Wahlbeobachter der UNO und der EU die Wahl verifizieren und beobachten sollen, so hat er doch gezeigt, wieviel ihm die Stimme der Bevölkerung wert ist.


Man sollte sich in der gegenwärtigen Diskussion um Kambodscha nicht auf unterschiedliche Vorstellungen von demokratischen Werten zurückziehen bzw. sich zurückdrängen lassen. Gerade in der Auseinandersetzung mit Menschen-

rechtsfragen nach dem Staatsstreich hat Hun Sen wiederholt darauf hingewiesen, daß er dies als Einmischung betrachte. Auch beim Besuch von UN-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson im Januar 1998 in Phnom Penh beschwerte er sich, daß die UN sich zuviel um die Tötungen während des Staatsstreiches kümmere, anstatt Fortschritte »auf anderen Gebieten« zu würdigen. Weitere Kritik werde er nicht dulden.<sup>12)</sup> Bedenklich ist, daß die internationale Staatengemeinschaft, vor allem die EU, hier nicht stärkere Forderungen für ihre Unterstützung während der Wahlvorbereitungen stellt. Hun Sen verbreitet zwar starke Töne, doch er bewegt sich insofern auf dünnem Eis, als daß er und der Staatsapparat zu sehr von ausländischer Hilfe abhängig sind, um es hier zu weit zu treiben.

Fraglich ist, ob der Wahltermin am 26. Juli eingehalten werden kann. Bis dato sind nicht annähernd ausreichende Vorbereitungen getroffen worden. Weder die technischen noch die politischen Bedingungen für freie und faire Wahlen sind gegeben. Die Option einer erneuten Verschiebung sollte daher gehalten werden, denn letztlich ist es wichtiger, daß die Wahlen überhaupt stattfinden, anstatt eine Farce ablaufen zu lassen. Die Legislaturperiode endet ohnehin erst am 23. September und die Verfas-

#### Anmerkungen:

- 1) *Cambodia Office of the United Nation Center of Human Rights, Memorandum t the Royal Government of Cambodia. Evidence of Summary Executions, Torture an Missing Persons since 2-7 July 1997 Phnom Penh, August 1997.*
- 2) *Ranariddh wurde gestürzt, weil ihm von Hun Sen vorgeworfen wurde, die FUNCINPEC sei in illegale Verhandlungen mit de Roten Khmer verstrickt und er sei an Wafengeschäften »zum Nachteil« Hun Sens beteiligt. Diese Behauptungen wurden von Ranariddh abgestritten. Nachweislich fan den aber Verhandlungen mit Khieu Samphan, dem offiziellen Vertreter der Rote Khmer, statt. Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Singapur, Jahresbericht 1997, Januar 1998, unveröffentl. Manuskript, S. 10.*
- 3) *Tatsächlich ist in Kambodscha jede Staatsbeamte frei vor Strafverfolgung.*
- 4) *Vgl. International Crisis Group, Getting Cambodia Ready for Elections, unveröffentl. Manuskript, Brüssel, 1998, S. 15.*
- 5) *86 Abgeordnete stimmten mit »Ja«, vier mi »Nein« und sechs enthielten sich. 21 Abgeordnete waren während der Abstimmung im thailändischen Exil.*
- 6) *Vgl. hierzu FES, a.a.O., S. 8.*
- 7) *Ebd., S. 9.*
- 8) *Sam Rainsy legte gegen diese Entscheidung beim Stadtgericht Phnom Penh Protest ein und wurde daraufhin für de 9.2.1998 von Richter Thaong Ol eingeladen, den Sachverhalt zu erörtern. De Termin wurde ohne Angabe von Gründe und ohne daß jemand vom Gericht erschienen wäre nicht eingehalten.*

sung erlaubt eine Verlängerung um ein Jahr. Mit internationaler Hilfe muß dann allerdings gewährleistet sein, daß die Vorbereitungen und Durchführung der Wahl tatsächlich unter Bedingungen stattfinden, die internationalen Mindeststandards entsprechen. Die westlichen Geberstaaten haben sich bisher allzu leicht mit Hun Sens Erklärungen zufriedengegeben. Ein deutscher Diplomat hat ihn angeblich als »Staatsmann« bezeichnet und sich »beeindruckt« gezeigt.<sup>13)</sup> Mit einer solchen Haltung seitens der internationalen Gemeinschaft wird es der Regierung in Phnom Penh leicht gemacht, auf ihrem Weg der Machterhaltung und des Machtmißbrauchs weiterzugehen. Die Menschen in Kambodscha haben die Nase voll von Bürgerkrieg und Korruption, sie haben wie alle ein Recht auf die freie Ausübung ihrer politischen und sozialen Rechte. Da sollte auch der Hinweis auf Einmischung in innere Angelegenheiten kein Hindernis sein. Die Chancen für einen Neuanfang zur Demokratisierung des Landes sind eher vorsichtig zu bewerten, aber sie sind noch nicht vertan. 

- 9) *Die Kommission ist inzwischen besetzt und besteht aus: Chheng Pho (Vorsitzender), Neou Kasi (Stellvertreter) Chhay Kim, Tip Chanvibol (Innenministerium), Prum Nheanvichet (CPP), Chhoen Kim-eng (Moulinaka), Suy Nou (FUNCINPEC), Chea Chamrooun (NRO-Vertreter) Nu Kan, Du Kong-ngoun (Vertreter de Volkes). Die BLDP hat noch keinen Kandidaten benannt. Suy Nou wurde Mitte Januar durch den Ministerrat durch eine Kandidaten ersetzt, der von der FUNCINPEC nicht anerkannt ist, woraufhin Ranariddh Beschwerde bei UN-Generalsekretär Kofi Annan eingelegt hat. Der NRO Vertreter Chea Chamrouen kommt aus de CPP-nahen Khmer Youth Development Organisation. Er setzte sich gegen Dr. La Mong Hay durch, der als Vertreter de »westlichen« NRO-s gilt.*
- 10) *Vgl. zum Abkommen und seiner Umsetzung Dirk Beusch, Kambodscha: Der unvollendete Frieden, Stiftung Wissenschaft und Politik, unveröffentl. Manuskript Ebenhausen, Juni 1993.*
- 11) *Zu einer ähnlichen Einschätzung komm auch FES, a.a.O., S. 11.*
- 12) *Reuters-Meldungen vom 19. und 22.1.1998.*
- 13) *Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 6.11.1997, S. 7.*